



Konstruierte Zivilgesellschaft

Hintergrund ➔ Die staatlichen Förderprogramme gegen Rechts

Die Häufung extrem rechter Übergriffe und die Empörung im Ausland hierüber zwangen die Bundesregierung im Sommer 2000 zur Demonstration politischer Handlungsfähigkeit. Den Medienhype überstanden haben aber nur zwei der daraus entstandenen Projekte: das NPD-Verbots-Verfahren und die finanziellen Förderprogramme des Bundes gegen rechts. Deren Bilanz im Jahr drei des »Aufstandes« ist ernüchternd: Beide Projekte waren schlecht vorbereitet und inhaltlich schwach, politisch mehr als fragwürdig und scheiterten bei ihrer Umsetzung an den jeweiligen Ministerialbehörden. Während für das Scheitern des NPD-Verfahrens das Bundesinnenministerium verantwortlich zeichnet, nimmt nun auch die Debatte um Sinn und Unsinn der Förderprogramme gegen Rechts zu.

Mit dem paradoxen Konstrukt einer von staatlichen Geldern reglementierten und abhängigen Zivilgesellschaft hat die Bundesregierung das Programm »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« auf den Weg gebracht. Die drei Teile des Programms – Civitas, entimon und Xenos – haben ver-

entgegenstellt, eine der wesentlichen Ursachen für das Klima ist, das alltägliche Übergriffe und Diskriminierungen ermöglicht. Auch ist die Tatsache, dass Rassismus in »der Mitte der Gesellschaft« entsteht, mittlerweile teilweise anerkannt.

Konsequenzen werden daraus jedoch nicht gezogen. Wenn die Mehrheitsgesellschaft in hohem Maße rassistische, antisemitische und extrem rechte Einstellungen aufweist, braucht es Kräfte, die das thematisieren. Für die Umsetzung erfolgreicher Programme gegen Rechts hieße das, genau diejenigen zu unterstützen, die bislang als zu unbequem und nicht steuerbar gelten und Kritik an Rassismus und Gewalt von staatlicher Seite zuzulassen. Es gibt eine Ebene von Projekten und Initiativen, die der tatsächlichen Bedeutung des Begriffs Zivilgesellschaft entspricht. Antifaschistische und antirassistische Basisinitiativen arbeiten seit langem gegen den Widerstand gesellschaftlicher und politischer Kräfte daran, demokratische Gegenkultur zu stärken. Diese kritischen Kräfte mit Geld und Kompetenz auszustatten und ihnen dadurch die Autorität zu verleihen, die sie dringend benötigen, wäre Aufgabe und Chance der Bundesprogramme gewesen.

Staatlich konstruierte Zivilgesellschaft

In der Projektlandschaft, die das mit der Umsetzung des Programms betraute Bundesmi-



Dorn im Auge: Das Plakat der von Civitas geförderten thüringischen Opferberatungsstelle ABAD über den rassistischen Normalzustand im Lande erregte den Unmut der zuständigen Servicestelle des staatlichen Förderprogramms.

schiedene Schwerpunkte, zielen jedoch alle auf die Stärkung bzw. Entwicklung demokratischer Gegenkultur ab. Mit dieser Zielsetzung erkennt die Bundesregierung an, dass das Fehlen einer starken, im besten Sinne demokratischen Gesellschaft, die sich extrem rechten, antisemitischen und rassistischen Erscheinungsformen im Alltag sowie in der Politik entschieden

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e. v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
http://www.apabiz.de

konto-nummer: 332 08 00
blz: 100 205 00
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die Entwicklung der extremen Rechten. Wir bieten vielfältige Materialien an, die über unterschiedliche Aspekte des Rechtsextremismus aufklären und Argumente liefern.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs etc. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek sowie antifaschistische Publikationen aus der gesamten BRD, Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog umfaßt derzeit mehr als 25 Vorträge und Seminare aus den Bereichen Judentum und Antisemitismus, Frauen und Rechtsextremismus, Neue Rechte, Burschenschaften, Esoterik und Heidentum, Rechtsextreme Publizistik, Internet, Vertriebenenverbände, Subkulturen und Rassismus.

Sondersammlungen: 1995 haben wir aus den Beständen der Staatsbibliothek Ost mehrere hundert Bücher aus der NS-Zeit übernommen; 1999 kam das Foto- und Redaktionsarchiv der »Deutschen Volkszeitung (DVZ) - die tat« hinzu. Außerdem verwalteten wir die Sammlung des Projekts für interdisziplinäre Faschismus-Forschung an der Freien Universität Berlin.

Kontakt: Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und regionalen Erfahrungen interessiert. Wir vereinbaren gerne einen regelmäßigen Austausch oder nehmen Euch in unseren Verteiler auf.



Neue Mode

Königs-Wusterhausen • Eine neue Modemarke für Nazis kommt aus Königs Wusterhausen. »THOR STEINAR« vertreibt eine Reihe von T-Shirts und Base-Caps mit den Aufdrucken »Asgard«, »Midgard«, »Utgart« und »Thule«. Das Symbol der Marke besteht aus einer Tyr- oder Pfeilrupe sowie einer liegenden Sigrune und



ist damit nahezu identisch mit dem Logo des in Kassel beheimateten THULE-SEMINARS. Inhaber der Marke ist der einschlägig bekannte AXEL KOPELKE, der in in dem brandenburgischen Ort den Laden EXPLOSTIV betreibt. ◀

Rechter Mord

Frankfurt/Oder • Drei junge Männer aus der rechten Szene haben am 28. April einen alkoholkranken Arbeitslosen zu Tode gequält. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft zerschlugen die Täter dem 25jährigen Bierflaschen auf dem Kopf und versetzten ihm zahllose Tritte und Schläge. Das Opfer verblutete nach wenigen Stunden im Krankenhaus. Die Täter, STEPHAN B. (19) und die Brüder DANIEL (20) und MARCO S. (28), wurden am darauffolgenden Mittwoch festgenommen und legten Geständnisse ab. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Mordes und schweren Raubes mit Todesfolge. ◀

Rechte Schläger

Neuruppin • Zwei rechte Schläger mussten sich am 28. April vor dem Amtsgericht Neuruppin wegen eines Angriffs auf einen Algerier verantworten. Der 16jährige RONNI W. und der 19jährige MARKO S. hatten den Flüchtling am 18. September 2002 auf dem Bahnhof in Perleberg brutal zusammengeschlagen. Das Gericht verurteilte RONNI W., der zum Tatzeitpunkt erst 15 Jahre alt war, zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten; MARKO S. erhielt drei Jahre und zwei Monate. Zu der Tat provoziert hatte sie angeblich ▶

nisteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in den letzten Jahren aufgebaut hat, stellen derartige Initiativen allerdings eine Minderheit dar. Neben den schwammigen Leitlinien des Programms – eine Aneinanderreihung von Schlagworten ohne Substanz – ist dies vor allem auf die Vergabepolitik des Ministeriums zurückzuführen, die sich immer unverhohlener an totalitarismustheoretischen Ansätzen ausrichtet. Das BMFSFJ sorgt dafür, dass diejenigen Projekte und Initiativen außen vor bleiben, die sich politisch links positionieren. Auch sind diese meist diejenigen, denen die Gelder radikal zusammengestrichen und inhaltliche Vorschriften gemacht werden. So wurden beispielsweise Projekte, die die Innenpolitik von Schily oder den rassistischen Normalzustand in ihrer Region kritisierten, von der für die konkrete Umsetzung zuständigen Servicegesellschaft gegängelt. Initiativen, die den Zusatz antifaschistisch im Namen führen, wurde nahegelegt, diesen zu streichen, da sonst ihr – wie ihnen versichert wurde – inhaltlich hervorragendes Konzept nicht bewilligt würde.

In der Neuauflage der Leitlinien von Civitas werden unliebsame Überraschungen für das Ministerium nun von vorneherein ausgeschlossen: Jegliche Öffentlichkeitsarbeit zu den CIVITAS-Projekten obliegt einzig den Servicestellen. Alle Druckwerke müssen vor Drucklegung der Servicestelle zur Kontrolle vorgelegt werden. Ein derart zensiertes und reglementiertes Engagement widerspricht in jeder Hinsicht der Forderung nach couragiertem und eigenverantwortlichem Verhalten und belegt, wie wenig dieses demokratische Engagement tatsächlich gewollt ist. Je harmloser die Projekte, umso höher ist die Chance einer Förderung.

Zudem wurden explizit unpolitische Träger, denen jegliche Kompetenz und Erfahrung im Themenbereich fehlt, mit der Umsetzung der Programme beauftragt. In den Programmteilen Civitas und entimon gibt es zwar durchaus fachkundige Beiratsmitglieder. Die Beiräte haben jedoch nur eine beratende Funktion. Die Entscheidung, welche Anträge bewilligt werden, trifft alleine das Bundesministerium. Folge: Vielerorts beantragen und erhalten auch solche Initiativen und Sozialbetriebe eine Förderung, die nicht mal in der Lage sind, extrem rechte, rassistische oder antisemitische Argumentationen zu erkennen, wenn sie darauf gestoßen werden. Im Gegensatz dazu scheitern viele kleine Initiativen mit inhaltlich sinnvollen Konzepten an der komplizierten Antragstellung oder der fehlenden Co-Finanzierung.

Die Bundesprogramme gegen rechts stellen sich somit als Versuch dar, den unbequemen Basisinitiativen, die seit Jahren in der antiras-

sistischen und antifaschistischen Arbeit tätig sind, eine zweite Ebene entgegenzusetzen: Eine politisch harmlose, durch das Bundesministerium konstruierte Zivilgesellschaft, die von der Bewilligung eines Ministerialbeamten abhängig ist.

What to do?

Die Kritik daran kann und darf sich nicht in erster Linie an die geförderten Projekte richten. Nicht sie sind das Problem und auch nicht die Initiativen, denen oft die Kompetenz und Erfahrung fehlt, um sinnvolle Projekte durchzuführen. Es gibt viele Projekte, die eine gute, sinnvolle und wichtige Arbeit leisten, obwohl sie von Bundesprogrammen gefördert werden. Der Fehler liegt in den Programmen, die eine Förderung unsinniger und im besten Falle harmloser Projekte überhaupt erst ermöglichen. Nicht die Effizienz der Projekte gilt es zu prüfen, wie es der Bundesrechnungshof jüngst forderte, sondern die der Programme und der Servicegesellschaften.

Die Forderung des Bundesrechnungshofes hat – sowenig inhaltlich sie auch ist – zumindest den Vorteil, dass dadurch eine öffentliche Debatte über den Sinn und Unsinn der Förderpraxis in Gang kommt. Dafür, dass eine eingehendere Analyse der Programme bisher aktiv vermieden wurde, haben wissenschaftliche Beobachter eine Erklärung: »Die als menschenfreundlich daher kommende PR-Aktion könnte sich nämlich als unwirksam erweisen.«¹ Entsprechend wenig beschäftigen sich bisher die Grünen, die maßgeblich an der Auflage der Programme beteiligt waren, mit der verfehlten Umsetzung.

Ausblick

Antirassistische Bildung, Initiativen und Projekte müssten zum festen Bestandteil kommunaler Förderung werden, es muss Schluss sein mit Modellprojekten und Sonderprogrammen.

Auch sollte das Thema fest in den Lehrplänen der sozialwissenschaftlichen Studien- und Lehrgänge verankert werden. ErzieherInnen, SozialarbeiterInnen und LehrerInnen, die sich in ihrer Ausbildung nicht mit dem Themenbereich auseinandersetzen, müssen zwangsläufig scheitern, wenn sie in ihrem beruflichen Alltag damit konfrontiert werden. Erfahrungen in der LehrerInnenfortbildung zeigen oft erschreckend, welcher rassistische und nationalistische Schwachsinn von denjenigen vertreten wird,

1) Wagner, Ulrich; Christ, Oliver; van Dick, Rolf: »Die empirische Evaluation von Präventionsprogrammen gegen Fremdenfeindlichkeit«. In: Journal für die Konfliktforschung 4 (2002).

die prägenden Einfluss auf die Kinder und Jugendlichen haben.

Vor diesem Hintergrund wäre die Einstellung der Programme gegen Rechts trotz aller Kritik fatal. Allerdings bedürften diese einer kompetenten inhaltlichen Betreuung, weniger bürokratischer Hürden und der Einbeziehung auch politisch unbequemer Kräfte, deren Kompetenz und Erfahrung bisher nur über die Hintertür genutzt werden. Dies ist indes kaum zu erwarten, nachdem der Effekt, den die Programme haben könnten, politisch nicht gewollt ist.

Angesichts der wachsenden Zahl der Übergriffe ist daher die nicht-staatliche Förderung antifaschistischer und antirassistischer Initiativen und Projekten dringend notwendig. Die Stärkung nicht-staatlicher Netzwerke und Stiftungen, persönliches Engagement und Spenden müssen dazu beitragen, die Arbeit dieser Initiativen zu gewährleisten.

Denn dies sind die Kräfte, die auch dann noch da sein, wenn uns die staatlich konstruierte Zivilgesellschaft um die Ohren fliegt oder der staatliche Geldhahn zugedreht wird.

Kathrin Klever

Fürstenberger Heimatschutz

Bericht ➔ Heimatverein gerät weiter ins völkische Fahrwasser

Die Auseinandersetzung um den FÜRSTENBERGER HEIMATVEREIN spitzt sich zu. Nachdem es bereits im Mai vergangenen Jahres schien, dass der ehemalige Wehrsportgruppen-Leiter UWE JÜRGENS mit seinen rechtsextremen Ansichten den Verein dominieren würde (siehe *monitor* Nr.5), erklärten nun im Februar dreizehn Mitglieder ihren Austritt. Unter ihnen befinden sich auch vier »rechtswidrig ausgeschlossene Mitglieder«, wie in einem offenen Brief berichtet wird. Die Vorwürfe der Kritiker: Der Vorstand arbeite undemokratisch und verstoße gegen die Satzung. Und weiter: »Einzelne Mitglieder veröffentlichen (...) unsachliche und rechtsgerichtete Schriften und Beiträge«.

Schon in der Auseinandersetzung um die Ausrichtung des Vereins machte UWE JÜRGENS seinen Hang zu völkischen Traditionen deutlich: »Bisher sind vierundzwanzig, meist junge Mitglieder, dem Verein beigetreten, die sehr gute Vorstellungen mit einbringen: Wanderungen durch sehenswerte Landschaft und zu Stätten der Geschichte; Treffen in Lagern, etwa Sonnenwendfeiern; Volkstanzvorstellungen; Dichterlesungen u.a.«¹

In den neuen HEIMATBLÄTTERN 2003 des Vereins² wird nun – presserechtlich verantwortet durch den Vorstand – ganz offen an völkische Traditionen aus dem Nationalsozialismus angeknüpft. Abgedruckt ist ein sogenanntes »Feuerspiel« zur Sonnenwende, das von THILO SCHELLER stammt. SCHELLER war im NS »Feiergestalter« im Amt des »Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP«, kurz »Amt Rosenberg« genannt. Er verfasste bspw. mehrere Liederbücher für den REICHSARBEITSDIENST.³ Passend dazu wird eine Feierrede von MARKUS FERNBACH abgedruckt, Mitarbeiter der neuheidnisch-völkischen Zeitschrift



»Sonnenwende« – Die Heimatblätter 2003 des Vereins.

anstalteten HETENDORFER TAGUNGSWOCHEN vertreten.

Autorin in den Heimatblättern ist auch die 76jährige WALTRAUT LINTOW, auf deren Gelände in Godendorf Ostern 2002 völkische Feuerspiele abgehalten wurden und das Aktivisten des neonazistischen UNABHÄNGIGEN FREUNDESKREISES (UFK) als Treffpunkt dient. Dafür wirbt der UFK im Internet offen für die von dem »alten BDM-Mädel«⁴ betriebene Pension.

Ob es sich bei den von UWE JÜRGENS angesprochenen »jungen Mitgliedern« um Aktivisten des in Neustrelitz und Umgebung tätigen UFK handelt, kann zur Zeit nicht beantwortet werden: Den ehemaligen Vereinsmitgliedern wurde der rechtmäßige Einblick in die Liste der Neumitglieder verwehrt.

Ulli Jentsch

1) UWE JÜRGENS: »Womit befaßt sich der Heimatverein Fürstenberg/Havel?«. Undatiert (ca. Juli 2002).

2) HEIMATVEREIN FÜRSTENBERG (Hg.): »Heimatblätter 2003«.

3) Z.B. THILO SCHELLER: »Singend wollen wir marschieren...«. Liederbuch des Reichsarbeitsdienst. Leipzig, o.J.

4) So schreibt der UFK.



die Tatsache, dass der Flüchtling mit seiner deutschen Freundin unterwegs war. ◀

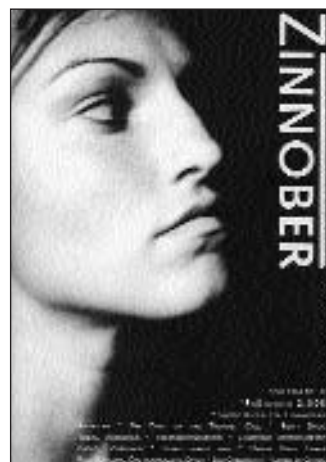
Haider in Berlin

Berlin • Am 18. März trafen sich der ehemalige Berliner Innensenator HEINRICH LUMMER und der österreichische Rechtspopulist JÖRG HAIDER zu einem Abendessen in einem Berliner Lokal. Anlass für die Berlin-Reise Haiders war eine Einladung zum DIENSTAGSGESPRÄCH IM RATSCELLER SCHMARGENDORF. LUMMER bezeichnete die Treffen als »rechte konservative Vereinigung von patriotisch-national eingestellten Leuten, vor denen ich auch schon geredet habe«. Organisiert werden die Gespräche von dem Geschäftsmann HANS-ULRICH PIEPER, der Mitte der 90er Jahre mit seinem Austritt aus der FDP einem Parteiausschlussverfahren zuvorkam. Anlass war eine vorherige Kandidatur PIEPERS für die REPUBLIKANER bei den Münchner Kommunalwahlen. ◀

Zinnober im Wandel

Trier • Im Frühjahr ist die fünfte Ausgabe der extrem rechten Gruffti-Zeitschrift ZINNOBER erschienen, die künftig von DOMINIK TISCHLEDER produziert werden wird. Der bisherige Herausgeber STEPHAN POCKRANDT begründet im Vorwort des aktuellen Heftes den Wechsel damit, dass er »nach 10 Jahren als Zeitschriftenmacher einfach ausgebrannt« sei. TISCHLEDER kam vom Magazin BLACK zu ZINNOBER, wo er u.a. bereits mit der wohlwollenden Rezension einer Doppel-CD zu Ehren des rumänischen Faschistenführers CORNELIU CODREANU aufgefallen war. Das neue Postfach der ZINNOBER befindet sich in Trier.

Die neue Ausgabe des Heftes präsentiert in altbekannter Manier ▶





kulturelle und politische Themen der intellektuellen (extremen) Rechten. So findet sich ein Interview mit RAYMOND P. zu dessen Musikprojekt THE DAYS OF THE TRUMPET CALL. GERHARD PETAK, Mastermind des österreichischen Rechtsaußen-Projekts ALLERSEELLEN, interviewt TOBIAS WIMBAUER, ERNST-JÜNGER-Fan und u.a. Autor in der JUNGEN FREIHEIT und CRITICON. Hervorgegangen ist ZINNOBER aus dem ebenfalls von PÖCKRANDT herausgegebenen Magazin SIGILL, das der schwarzen Szene entstammte und als Vorreiter für die Ausbildung eines extrem rechten Teils innerhalb der Gruftszene galt. ◀

Erstes Urteil im SSS-Prozess

Dresden • Im Prozess gegen sieben Mitglieder der neonazistischen SKIN-HEAD SÄCHSISCHE SCHWEIZ (SSS) kam das Gericht am 9. April zu einem ersten Urteil. Ein 24-jähriger wurde nach der Abtrennung seines Verfahrens wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe von acht Monaten verurteilt; der Vorwurf der Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung wurde fallengelassen. Der inzwischen aus der Nazi-Szene ausgestiegene Angeklagte war in den vergangenen Jahren an mehreren Übergriffe auf linke Jugendliche beteiligt gewesen. Den übrigen Anklagten wird weiterhin auch die Bildung und Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen. Der Prozess gegen die mittlerweile verbotene Gruppierung ist das Ergebnis polizeilicher Ermittlungen aus dem Jahr 2000. Nachdem die SSS als eine der größten deutschen Neonazi-Organisationen jahrelang Strukturarbeit leisten und zahlreiche Übergriffe verüben konnte, kam es im Juni 2000 zu zahlreichen Durchsuchungen bei mutmaßlichen Mitgliedern. ◀

Wanderausstellung eröffnet

Belower Wald / Wittstock • Am 11. April wurde die Wanderausstellung »Stumme Zeugen – Eine Ausstellung über den Belower Wald...« eröffnet. Das Werk präsentiert historische Eindrücke zum Thema Todesmarsch im Belower Wald, verknüpft mit aktuellen Ereignissen in der Region. Entstanden ist das Projekt aus einem Seminar von SchülerInnen aus Oranienburg und Berlin in der nahegelegenen DGB-Jugendbildungsstätte ▶

Das Jahr 2002 hat eine Vielzahl von Debatten über antisemitische Äußerungen erlebt: von Möllemann über Karsli bis zum neuen Buch Martin Walsers.

Im selben Zeitraum ist die Zahl gewalttätiger Angriffe auf Jüdinnen und Juden sowie auf jüdische Einrichtungen weiter gestiegen. Die Botschaft kommt an: die neuesten Umfragen zeigen eine deutliche Zunahme antisemitischer Einstellungen – vor allem im Westen.

Chronischer Judenhass

Bericht ➔ Antisemitische Angriffe und Einstellungen nehmen zu

Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.« Dieser antisemitischen Stereotype stimmten im April vergangenen Jahres 28 Prozent der befragten Bundesbürger zu.¹ Das erschreckende Detail dabei: Im Westen der Republik stieg die Zustimmung von 14 Prozent im Jahr 1998 auf 31 Prozent – ein vergleichsweise einmaliger Sprung. Gleichzeitig nahm die Zahl antisemitischer Angriffe im vergangenen Jahr weiter zu: Im ersten Quartal 2002 stehen 127 Vorfälle zu Buche, im zweiten Quartal schon 319. Insgesamt weist die offizielle Statistik 1.257 antisemitische Straftaten aus. Auch in Berlin wurden nach inoffiziellen Angaben der Polizei im vergangenen Jahr mehr als 100 antisemitische Delikte registriert.² Dabei sind zwei Aspekte auffällig: zum einen die erneute Verwendung von Sprengstoff, zum anderen die regionalen Serien in Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Am 16. März 2002 verübten unbekannte Täter einen Sprengstoff-Anschlag auf den jüdischen Friedhof in Berlin-Charlottenburg. Nennenswerte Ermittlungsergebnisse der Polizei hierzu gibt es nicht. Nur einen Verdächtigen konnte die Polizei schon nach kurzer Zeit ausschließen: EKKEHARD WEIL, Hauptverdächtiger eines Sprengstoff-Anschlags vom Dezember 1998, saß nach Angaben der Ermittlungsbehörden zur Tatzeit in Haft.

In Nordbrandenburg und Mecklenburg-Vorpommern kam es Anfang und Ende des Jahres zu auffälligen Serien antisemitischer Schändungen. So wurden am Wochenende des 23./24. Februar



Antisemitische Einstellungen und Straftaten nehmen zu: Die Synagoge in Berlin-Kreuzberg nach einem Anschlag im Jahr 2000.

drei Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern schwer beschädigt. Die unbekanntenen Täter hinterließen in allen Fällen Schweineköpfe. Im September wurde das Museum und die Gedenkstätte für die Opfer des Todesmarsches im Belower Wald durch einen Brandanschlag zerstört (siehe Meldung). Es folgen Schändungen in Grevesmühlen, Bützow und Fürstenberg. Gedenkstättenleiter Günter Morsch: »Die Häufung bestimmter Formen rechtsradikal-motivierter Delikte in diesem Jahr lässt uns befürchten, dass zumindest einige der rechtsextremistischen Anschläge längerfristig geplant waren oder vielleicht sogar in einem Zusammenhang stehen.«³

Im November wurden an drei Orten in Uecker-Randow volksverhetzende Transparente gefunden. An einer Straßenbrücke in Torgelow stand »Erwehrt euch der jüdischen Weltpest«. Am jüdischen Denkmal in Löcknitz hing die Parole »Stoppt das Finanzjudentum«. Vor dem jüdischen Friedhof in Ueckermünde rief ein weiteres Transparent zum Kampf gegen die »jüdische Weltbolshewisierung« auf. Am 17. November wurde ein Mahnmal für Opfer des KZ Sachsenhausen in Leegebuch zerstört. Es erinnerte an Zwangsarbeiter der Heinkel-Werke in Leegebuch.

Eine ausführliche Chronologie über antisemitische Übergriffe im Jahr 2002 gibt es unter <http://www.apabiz.de>. Ulli Jentsch

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des **monitor** pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

1) Elmar Brähler, Oskar Niedermayer: »Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung im April 2002«. Berlin 2002.
2) Berliner Zeitung vom 25. März 2003.
3) Maerkische Allgemeine vom 15. November 2002.



Attac Polen: Achtlosigkeit oder braune Querfrontstrategie?

Hintergrund ➔ Bei Attac Polen mischt die extreme Rechte mit und es scheint nur wenige zu stören

Der Vorwurf der rechten Unterwanderung steht seit der Gründung von ATTAC POLEN im Frühjahr 2001 im Raum. Bereits damals zogen sich Beteiligte wegen der Präsenz von Rechten zurück. Im Dezember 2001 wiesen Vertreter von drei polnischen Zeitungen – darunter das Antifa-Magazin *Nidgy Wiecej* (Nie wieder) – in einem Brief an ATTAC POLEN und Attac Frankreich auf die Verzahnung der polnischen Attac-Führung mit der Rechten hin.

Im Zentrum der Vorwürfe steht die enge Vernetzung der Attac-Führung mit der Zeitschrift OBYWATEL (BÜRGER). ATTAC POLEN bringt keine eigene Zeitung heraus, aber etliche Attac-Mitglieder sitzen in der OBYWATEL-Redaktion, unter ihnen der Vorsitzende MAJEJ MUSKAT. In der Öffentlichkeit wird OBYWATEL deshalb als Attac-Organ wahrgenommen. Und über OBYWATEL sehen die Kritiker Attac mit der rechtsextremen Szene verknüpft – personell und inhaltlich.

Bei OBYWATEL handelt es sich offenbar um ein neu-rechtes Querfrontprojekt: Neben linken



In der Kritik: Der polnische Arm von attac.

Inhalten tauchen immer wieder Artikel rechter Autoren auf. So ist in der Ausgabe vom Januar 2003 ein Artikel des Führers der russischen NATIONAL-BOLSCHEWISTISCHEN PARTEI zu lesen, der darin für ein Zusammengehen der Neuen Linken und der Neuen Rechten im Kampf gegen das »System« plädiert. Auf der Attac-Website wiederum finden sich zahlreiche Artikel der OBYWATEL-Redaktion oder des neu-rechten OBYWATEL-Autors JAROSLAW TOMASIEWICZ.

Mit Chefredakteur REMIGIUSZ OKRASKA und dem ständigen Autor TOMASIEWICZ prägen zwei wichtige Ideologen der polnischen Rechten das Profil von OBYWATEL. OKRASKA ist zwar mittlerweile aus Attac ausgetreten, doch wer von ihm lesen will, wird nach wie vor auf der Attac-Website fündig. Das Attac-Gründungsmitglied TOMASIEWICZ gibt an, sich von der extremen Rechten getrennt zu haben. Dies trifft für die extrem rechten Gruppen zu, in denen er sich in den 90ern bewegt

hat. Dafür ist TOMASIEWICZ heute einer der wichtigsten Vertreter der Neuen Rechten in Polen. Seine Artikel sind in den Zeitungen und auf den Websites des gesamten rechtsextremen Spektrums zu finden, wie z.B. in WARUN – NOWA PRAWICA (NEUE RECHTE). WARUN wiederum wirbt auf ihrer Website für MICETRAP'S TOP 88 SITE, einen Nazi-Versand aus den USA, der in seiner Linkliste auch deutsche KAMERADSCHAFEN aufführt.

TOMASIEWICZ verteidigt sich damit, dass er sich doch für Multikulturalität und ethnische Minderheiten einsetze. Das sehen wohl viele in Polen auch so, ihnen entgeht aber, dass der »Ethnopluralismus«, den er vertritt, eine ethnische Homogenität bzw. Reinheit beinhaltet. In der VEREINIGUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG ETHNISCHER KULTUREN gehört TOMASIEWICZ zu den zentralen Personen; zusammen mit OKRASKA stellt er die Redaktion ihres Organs ZARKORZENIENIE (VERWURZELUNG). Die Politik der Vereinigung fußt auf der neu-rechten Ideologie des ALAIN DE BENOIST und vertritt die strikte Trennung ethnischer Gruppen, berichtet der *Report Antisemitism Worldwide* der Tel Aviver Universität. Die Vereinigung operiere an den Rändern der extremen Rechten, kooperiere aber auch mit einem anarchistischen Magazin.

Attac funktioniert als Netz und hat auf internationaler Ebene nur begrenzte Interventionsmöglichkeiten. Der deutsche Flügel hält es zudem auf dem Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte für brisant, von außen einzugreifen. Doch auch er kann nicht über OBYWATEL und personelle Verknüpfungen hinwegsehen. Und dann widersprechen Aussagen, wie diese aus der Gründungsphase von ATTAC POLEN, schlichtweg den Prinzipien der internationalen Antiglobalisierungsbewegung: »Das Konzept von Vaterland, Staat, Nation und vor allem Patriotismus sind bedroht. (...) Wir erklären, dass die Verteidigung der ökonomischen und politischen Souveränität eine notwendige Voraussetzung für die Mitgliedschaft in unserer Vereinigung ist.. Wir betonen, dass ATTAC eine polnische Vereinigung ist, die zuallererst polnische Interessen verteidigt (...).«

Harm Meinertshagen

Flecken-Zechlin, das zehn Tage nach einem rechtsextremistischen Brandanschlag auf das Todesmarsch-Museum bei Wittstock stattfand. Die TeilnehmerInnen setzten sich daraufhin nicht nur historisch mit dem Todesmarsch auseinander, sondern führten auch Straßeninterviews zu dem Anschlag in Wittstock. Die nächsten Stationen der Ausstellung sind Berlin und Oranienburg. Mehr Informationen zu der Ausstellung sowie zu weiteren Wochenendseminaren in der DGB-Jugendbildungsstätte zum Thema Belower Wald, Todesmarsch und Rechtsextremismus gibt es bei akimjah@web.de. Anmelden können sich Einzelpersonen und Jugendgruppen. ◀

Nur Jugendsünden?

Berlin / Hamburg • Das Berliner Landgericht hat eine Zivilklage auf Unterlassung von JOST BERSTERMANN gegen das Internetprojekt <http://www.nadir.org> abgewiesen. Der Leiter der Personalabteilung der MG Technologies AG mit Sitz in Frankfurt a.M. fühlte sich in seinen Persönlichkeitsrechten verletzt, da ein seit fünf Jahren auf den Seiten von *nadir* archivierter Beitrag seinen politischen Lebenslauf dokumentiert. BERSTERMANN war zu Beginn der 80er Jahre Führungskader der NPD-Jugend JUNGE NATIONALDEMOKRATEN und soll sich später bei den REPUBLIKANERN in Osnabrück engagiert haben. Der Beitrag, gegen den BERSTERMANN nun prozessierte, erwähnt einen Auftritt von



ihm im Oktober 1997 bei der schlagenden Landsmannschaft MARCHIA BERLIN in Osnabrück. ◀

NPD: Strukturwandel in Berlin-Brandenburg

Berlin • Auf dem 12. ordentlichen Landesparteitag des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg am 2. März wurde die Spaltung in zwei eigenständige Landesverbände ▶



beschlossen. Nach jahrelanger Strukturarbeit unter der Führung des Landesvorsitzenden MARIO SCHULZ sah der Landesvorstand seine Parteigliederungen nun ausreichend für die Trennung gewappnet. Personelle Veränderungen im Landesvorstand fanden nicht statt. Der gemeinsame Landesverband war 1991 gegründet worden, da es in Brandenburg an den notwendigen Strukturen für einen eigenen Landesverband gefehlt hatte. ◀

Nazis international

Saarbrücken • Ende März trafen sich 96 Neonazis aus Deutschland, Österreich, Kroatien, Frankreich, Italien und der Schweiz in Saarbrücken zur 2. EUROPA-KONFERENZ EUROPÄISCHER NATIONALISTEN. Anwesend waren u.a. Mitglieder der JEUNESSES IDENTITAIRES (Frankreich), des revisionistischen NUOVO ORDINE EUROPEO und der FORZA NUOVA (beide Italien). Natürlich durfte auch der unvermeidliche HORST MAHLER als Vertreter des DEUTSCHEN KOLLEGS nicht fehlen. Verabschiedet wurde eine Resolution zum Irakkrieg, welche nicht nur den Boykott der »anglo-amerikanischen Aggressoren« durch die Vereinten Nationen, sondern auch als »letzte Zwangsmaßnahme« den »militärischen Beistand« für die Iraker forderte. Zum Vorbereitungsausschuss für die Konferenz sollen der NPD-Auslandsbeauftragte GERD FINKENWIRTH, der NPD-Europabeauftragte PETER MARX, CHRIS BEVERLY (BNP, London), EMMANUEL BRUN D'AUBERGINOSE (Brüssel) und ELENA NICOLA (Triest) gehört haben (vgl. DEUTSCHE STIMME, Nr.10, 2002, S.14). Für die musikalische Unterhaltung sorgten JÖRG HÄHNEL (Berlin) und DOCTEUR MERLIN (Paris). ◀

Trauerfall NPD

Berlin • Bereits am 17. Dezember vergangenen Jahres ist der 45jährige NPD-Funktionär LUTZ HEUER nach einem schweren Unfall verstorben. HEUER war seit Februar 2002 stellvertretender Landesvorsitzender des Landesverbandes Berlin-Brandenburg sowie Landesorganisationsleiter und Vorstandsmitglied des Kreisverbandes Berlin-Nord. Der aus Berlin-Moabit stammende HEUER war bereits seit 1984 Mitglied in der NPD. Im Januar 2001 überwies er im Namen der Partei pressewirksam 08,15 DM auf das Konto der ▶

Berlin kann inzwischen auf eine über 20jährige Rechtsrockgeschichte zurückblicken: Mit der Gründung der Band KRAFT DURCH FROIDE (KdF) im Jahre 1982 entstand nicht nur die Berliner sondern auch die deutsche Rechtsrockszene. Mit LANDSER kommt eine weitere bedeutende Band aus Berlin, die auch außerhalb Deutschlands als »Kultband« verehrt wird. Eine Reihe von weiteren Musikprojekten aus der Stadt – wie MACHT UND EHRE, LEGION OF THOR, DEUTSCH-STOLZ-TREUE oder SPREEGESCHWADER – waren bzw. sind wichtiger Bestandteil der extrem rechten Musikszene. Darüber hinaus sind die Gruppen fest im neonazistischen Netzwerk von Labels, Versänden, Ladengeschäften und Organisationen verankert.

Im Dienst von Bewegung und Partei

Profil ➔ Die Berliner Rechtsrock-Band Spreegeschwader

Gründungsmitglieder von Spreegeschwader im Jahre 1994 waren die Berliner ALEXANDER GAST und ALEXANDER-WILLIBALD BAHLS. Nach der Verstärkung durch den Bassisten RICO SONNENBURG erfolgte die erste Veröffentlichung auf dem Bremer HAMMERSKIN-Label HANSE RECORDS. Die aktuelle Besetzung besteht aus den beiden Gründungsmitgliedern und dem Neuzugang »MOTTE«. Neben wei-



Aus dem Booklet der Best-of-CD »Reichshauptstadt« von SPREEGESCHWADER

teren eigenen Veröffentlichungen beteiligten sich die Berliner mit Beiträgen an verschiedenen nationalen und internationalen Samplern, so z.B. für BLOOD & HONOUR (B&H) Frankreich und B&H Brandenburg. ALEXANDER GAST brachte außerdem ein Solo-Album namens »Spirit of 88 – White Power Skinheads« auf dem Label des NPD-Funktionärs JENS PÜHSE heraus. Nach der Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften erfolgte die Veröffentlichung einer entschärften Version auf dem gleichen Label.

Zur Verbreitung von Merchandising-Artikeln von Spreegeschwader gründete die Band den JOE-HAWKINS-VERSAND, der maßgeblich von ALEXANDER GAST geführt wird. Zudem arbeitete GAST zeitweilig im inzwischen geschlossenen Naziladen HALL-LOWEEN in Berlin-Charlottenburg und heute in Hennigsdorf, wo LARS GEORGI – Inhaber des TTV-VERSANDES – den Laden ON THE STREETS betreibt. Das Angebot ist neonazistisch ausgerichtet und beinhaltet u.a. das Merchandising von SPREEGESCHWADER und LANDSER.

Weiterhin sind GAST und BAHLS durch ihr gewalttätiges Vorgehen gegen Andersdenkende bekannt. So muss sich letzterer derzeit bspw. zusammen mit einer Reihe von Aktivisten der Berliner KAMERADSCHAF GERMANIA wegen eines gemeinschaftlichen Angriffs auf Punks in Stolpe vom 10. Juli 1998 vor Gericht verantworten. Im Gegensatz zu einigen Mittätern (siehe monitor Nr.8) steht seine Verurteilung noch aus.

In den vergangenen Jahren entwickelte sich SPREEGESCHWADER nicht nur musikalisch weiter. Auch ihr politisches Wirkungsfeld hat die Band im Laufe der Zeit ausgedehnt. War die Gruppe zu Beginn vor allem dem HAMMERSKIN-Spektrum und später B & H verhaftet, engagiert sie sich nun auch vermehrt für die NPD. So veranstaltete der NPD-Landesverband Sachsen am 7. September 2002 ein Konzert für Hochwasseropfer aus den Reihen der Partei, bei dem SPREEGESCHWADER als eine der bekanntesten Bands auftrat. Eine Aufnahme dieses Auftritts brachte die Band im Frühjahr 2003 als erstes Live-Album bei WOTAN RECORDS heraus.

Weiterhin spielte die Gruppe beim Pressefest der NPD-Zeitschrift DEUTSCHE STIMME im niedersächsischen Königslutter im August 2002; ein für den 5. April 2003 geplantes Konzert anlässlich einer Saalveranstaltung der NPD Berlin mit dem Bundesvorsitzenden UDO VOIGT in Brandenburg musste aufgrund einer polizeilichen Sperrung des Veranstaltungsortes ausfallen.

SPREEGESCHWADER verfügt somit über eine Reihe von Kontakten über die Grenzen von Berlin und Brandenburg hinaus und muss als fester Bestandteil der neonazistischen Rechtsrockszene und der politischen Strukturen angesehen werden. Patrick Schwarz



Booklet der ersten Live-CD, die auf 1488 (sic) Exemplare limitiert ist.



Sammelband zum »Ostfeldzug«

Rezension ➔ Quinkert, Babette (Hrsg.): »Wir sind die Herren dieses Landes – Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion«. VSA Verlag, Hamburg 2002. 255 S.

Seit der Diskussion um die Wehrmachtsausstellung findet der Themenkomplex des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion breite Beachtung. Die Fakten dieses Krieges sind lange bekannt, viele Standardwerke zum »Ostfeldzug« und seiner Wirkungsgeschichte nach dem Krieg liegen vor. Dennoch wird die Diskussion gerade um den Krieg gegen die Sowjetunion stark unter dem Aspekt politischer Instrumentalisierung und blanke Realitätsverweigerung seiner Akteure geführt.

Der in Rede stehende Sammelband will einen Überblick zu Ursachen, Verlauf und Wirkungsgeschichte dieses Krieges geben. Eröffnet wird er von Dietrich Eichholz mit einer knappen, lesenswerten Darstellung der deutschen Kriegsziele in der Sowjetunion in Bezug auf Rohstoffe, Arbeitskräfte und Wertschöpfung. Der russische Historiker

Wischlow setzt sich detailliert mit der im deutschen Diskurs immer wieder vorgebrachten Präventivkriegthese auseinander und weist nach, dass die sowjetische Militärführung im Jahre 1941 keine Planungen für einen Angriffskrieg gegen Deutschland hatte. Weiteren Aspekten wie Judenvernichtung, Besatzungspolitik und sowjetische Kriegsgefangene in Deutschland sind Beiträge gewidmet. Herausragend ist der Beitrag von Bernd Bonwetsch zur Rezeptionsgeschichte des »Großen Vaterländischen Krieges« von der Spätphase des Stalinismus bis zur Breschnew-Zeit, der Einblicke in die ideologische Überformung und Indienstnahme des Sieges über den Faschismus in der Sowjetunion gibt.

Der Herausgeberin, Promovendin am Institut für Antisemitismusforschung in Berlin, ist ein solider Sammelband gelungen. **Christian Grünert**

Weltkrieg regelmäßig vertieft

Rezension ➔ Röhr, W. (Hrsg.): »Bulletin für Weltkriegs- und Faschismusforschung«. Wissenschaftliche Halbjahresschrift. Edition Organon, Berlin. Ca. 150 S., 10 Euro.

Ob emotionalisierende Fernsehsendungen oder Bücher, ob Stalingrad oder Bombenkrieg: Der Zweite Weltkrieg ist ein Boomthema, wenn es nur um deutsche Schicksale geht. Doch entgegen des medialen Eindrucks gibt es auch Publikationen, die komplexe historische Zusammenhänge nicht vereinfachend behandeln, ohne beschwerlich zu lesen und teuer zu sein. Eine begleitende Berichterstattung findet zudem in den historiographischen Periodika statt. Doch wegen der abzudeckenden Themenvielfalt können thematische Vertiefungen nur exemplarisch vorgenommen werden.

Anders beim Bulletin. Hier ist der Name Programm. Die Zeitschrift erscheint in Kooperation mit der Berliner Gesellschaft für Weltkriegs- und Faschismusforschung, bei deren Mitgliedschaft es sich in der Mehrheit um teilweise namhafte, evaluierte Wissenschaftler der ehemaligen DDR handelt. Die Gesellschaft organisiert regelmäßig Kolloquien zu Forschungsproblemen im Themenbereich. Dabei sucht man bei der Auswahl der Einzelthemen die geschichtspolitischen Diskurse der Öffentlichkeit zum Nationalsozialismus zu berücksichtigen. So erschien das Bulletin 1997 mit einem Schwerpunkt zum Thema Wehrmacht, in dem die Diskussion um die erste Fassung der Wehrmachtsausstellung bilanziert wurde. Weitere Hefte erschienen u.a. zu

Zwangsarbeit und deutscher Okkupationspolitik im Zweiten Weltkrieg. Die letzten Ausgaben waren der juristischen Aufarbeitung des NS in der DDR und den Außenlagern des KZ Ravensbrück gewidmet. Diese ausführliche Erörterung von Einzelthemen ist eine Stärke der Zeitschrift. Weniger Beachtung finden hingegen die ideologischen Mächte des Nationalsozialismus, zweifellos eine Lücke.

Fraglos bearbeiten die Autoren ihre Themen mit wissenschaftlicher Akribie. Im Bulletin spiegelt sich aber deutlich auch die mangelnde Verbindung zu heutigen wissenschaftlichen Kontroversen. Von erfrischend zu lesenden Ausnahmen wie Karl Heinz Roth oder Rolf Surmann abgesehen, fehlt es vielen Beiträgen an einem Zugriff auf Debatten vor allem jüngerer westdeutscher Historiker. Dies rührt vom Ausschluss vieler das Bulletin bestimmender Autoren aus den Universitäten und Forschungsprojekten in der Bundesrepublik her. Hier ist der Zeitschrift eine inhaltliche Öffnung und die Kooperation mit dem linken Wissenschaftsnachwuchs zu wünschen. So könnte das Bulletin helfen, theoretische Leerstellen auch in der Diskussion historischer Hintergründe des Rechtsextremismus zu füllen. Für AntifaschistInnen lohnt die Lektüre des Bulletins dennoch, um die Orientierung im Diskurs um den NS nicht zu verlieren. **Christian Grünert**

Stiftungsinitiative für ehemalige Zwangsarbeiter und forderte gleichzeitig Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter ein. ◀

Nazis gegen den Krieg

Bundesweit • In der gesamten Republik fanden in den vergangenen Wochen zahlreiche Aktionen der extremen Rechten zum Krieg statt. In Heidelberg gelang es etwa 2000 Gegendemonstranten am 19. April eine Neonazi-Demonstration unter dem Motto »Amis raus« zu verhindern. Zu der Veranstaltung waren etwa 100 Personen aus dem Spektrum NPD und FREIE NATIONALISTEN angereist. Als Redner waren CHRISTIAN WÖRCH und HORST MAHLER geplant. In Berlin führten am 11. April etwa 30 Personen aus dem NPD-Spektrum sowie des NATIONALEN WIDERSTANDES BERLIN-BRANDENBURG eine Solidaritätskundgebung vor der irakischen Botschaft durch. Bereits im März veranstalteten die gleichen Gruppierungen mehrere eigene Anti-Kriegs-Demonstrationen, z.B. am 20. März mit 150 Teilnehmern in Berlin-Lichtenberg. Auf einer Anti-Kriegs-Kundgebung des bürgerlichen Spektrums am 4. April im brandenburgischen Fürstentum kam der NPD-Bundesvorsitzende UDO VOIGT zu Wort. Unterstützt wurde sein Redebeitrag von etwa 30 Neonazis mit Anti-Kriegs-Transparenten. Die aktive Beteiligung an dieser Kundgebung sorgte in der lokalen Presse und bei den Veranstaltern für Diskussionen. Die NPD ist im Fürstentum Stadtparlament mit zwei Abgeordneten vertreten. In Hanau veranstalteten NPD und FREIE NATIONALISTEN am 28. März eine »Nationale Friedensdemonstration« unter dem Motto »Schluss mit der US-Tyrannie – Für die Freiheit der Völker«. Etwa 250 Personen aus dem neonazistischen Spektrum beteiligten sich an dem Aufmarsch. Unter der Führung des Hallenser Neonazis-Aktivisten SVEN LIEBICH beteiligten sich zahlreiche Neonazis an bürgerlichen Friedensdemonstrationen in Halle und Magdeburg. Neben der Verteilung von Flugblättern wurden politische Gegner bedroht und gefilmt. Die Ergebnisse ihrer ANTI-ANTIFA-Arbeit werden unter anderem im Internet publik gemacht. Ein wirkungsvolles Vorgehen der Veranstalter gegen die wiederholte Teilnahme der Neonazis an den Veranstaltungen blieb aus. ◀



Abonnieren...

...kann man den **monitor** nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.V. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu

eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring, Gerd Wiegel: »Erinnern, verdrängen, vergessen«. Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e.V., Giessen 2003.*

Im Mittelpunkt des Buches stehen die Frage der Bedeutung der Vergangenheit für die Gegenwart und die damit verbundenen Deutungskämpfe bzw. geschichtspolitische Interpretationen.

• *Peter Novick: »Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord«. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 2001.*

Ein Beitrag zu der Diskussion um das Thema Auseinandersetzung mit dem Holocaust. Dabei geht es hier konkret um den Vergleich der Aufarbeitung von Amerikanern und Deutschen und den Unterschied zwischen der wissenschaftlichen Herangehensweise und den kollektiven Erinnerungen.

• *Jean-Michel Chaumont: »Die Konkurrenz der Opfer. Genozid, Identität und Anerkennung«. Zu Klampen Verlag, München 2001.*

Wie das vorherige Buch beschäftigt sich der Autor mit dem Historikerstreit um den Holocaust, diesmal aus europäischem Blickwinkel. Sein brisantes Resultat ist, dass eine absolute Einzigartigkeit der Judenvernichtung die gerechte Verteilung der Anerkennung unter den unzähligen Opfer von Verfolgung und Vernichtung verhindern würde.

• *Kerstin Freudiger: »Juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen. Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts«. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2002.*

Die Autorin hat auf der Basis von Urteilsanalysen NS-Prozesse untersucht.

• *Eric Friedler, Barbara Siebert, Andreas Kilian: »Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando aus Auschwitz«. Zu Klampen Verlag, Lüneburg 2002.*

Es kommen überlebende jüdische Häftlinge zu Wort, die als Arbeitsklaven in unterschiedlicher Form am Massenmord mithelfen mussten.

• *Walter Gyßling: »Mein Leben in Deutschland vor und nach 1933 und Der Anti-Nazi: Handbuch im Kampf gegen die NSDAP«. Donat Verlag, Bremen 2003.*

Der Autor war Archivar des BW (Büro Wilhelmstraße), der Propagandastelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (C.V.), und schildert die Rolle dieser jüdischen Organisa-

tion, in der er als Nichtjude tätig war, im Kampf gegen Hitler und die NSDAP.

• *Martha Schad: »Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus«. Heyne Verlag, München 2002.*

Die Autorin befasst sich mit Frauen, die aus unterschiedlicher Motivation im Widerstand waren. Dabei geht sie über den politisch motivierten Widerstand wie den der kommunistischen Gruppen oder der Weißen Rose hinaus.

• *Andreas Marneros: »Hitlers Urenkel. Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters«. Scherz Verlag, Bern 2002.*

Der Autor analysiert als Psychiater das Thema rechtsradikale Gewalt und die deutsche Gesellschaft und entwickelt Ansätze zur Bekämpfung der Gewalt.

• *Alice Brauner-Orthen: »Die neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen«. Verlag Leske + Buderich, Opladen 2001.*

Unter dem Begriff NEUE RECHTE sammeln sich intellektuelle Zirkel und publizistische Organe, die sich der Ideen der Weimarer Konservativen Revolution bedienen und daraus ein programmatisches Konzept entwickelt haben. Die Autorin untersucht ihre Entwicklung von den Siebziger bis heute, wobei sie u.a. auf die Rolle der Frau, der Neuen Medien, der Verbindungen national und international und die Perspektiven eingeht.

• *El Awadalla: »Heimliches Wissen – Unheimliche Macht. Sekten, Kulte, Esoterik und der rechte Rand«. Folio Verlag, Wien 1997.*

Eine Recherche über die Sektenszene in Österreich und ihre globalen Vernetzungen. Dabei wird neben den wirtschaftlichen Interessen, die hinter den religiösen Anliegen stehen, besonders das nahe Verhältnis zum politisch rechten Rand offen gelegt.

• *Hans-Henning Scharsach, Kurt Kuch: »Haider. Schatten über Europa«. Verlag Kiepenhauer & Witsch, Köln 2000.*

• *Jörg Friedrich: »Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940 bis 1945«. Propyläen Verlag, München 2002.*

• *Rainer Hildebrandt: »... die besten Köpfe, die man henkt«. Verlag am Checkpoint Charlie, Berlin 2003.*